

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) – Wir sind noch in der Abstimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Uli, wir stimmen noch ab!

(Abg. Uli Grötsch [SPD] nimmt wieder Platz)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 21 – Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 21 ist einstimmig angenommen. – So, jetzt: Tschüs, Uli!

(Heiterkeit)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.8 auf:

hier: **Einzelplan 10
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft**

Drucksachen 19/4624, 19/4625

Ich darf Sie bitten, die Plätze zu wechseln bzw. Platz zu nehmen, und zwar alle, sodass ich anfangen kann.

Ich möchte noch die Berichterstatter und Berichterstatterinnen erwähnen. Es sind die Abgeordneten Christian Haase, Ulrich Freese, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Ulla Ihnen, Heidrun Bluhm und Dr. Tobias Lindner.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. – Ich höre immer noch ganz viel, aber dazu keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

- (B) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Dr. Birgit Malsack-Winkemann von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Einzelplan Ernährung und Landwirtschaft zeichnet sich wieder durch massive Steuergeldverschwendung in der Öffentlichkeitsarbeit aus – hierfür werden 56 Millionen Euro ausgegeben.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Viel zu wenig!)

Insgesamt ist sogar ein Etat von circa 250 Millionen Euro über § 63 BHO möglich, sodass dieses Ministerium einer der Spitzenreiter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist.

Darüber hinaus ist das BMEL auf dem besten Weg, sein für die Gesundheit der Bevölkerung lebenswichtiges Ziel zu verfehlen, bis zum Jahr 2030 wenigstens einen Anteil von 20 Prozent an ökologischer Landwirtschaft zu erreichen.

Das liegt auch daran, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, die circa 40 Prozent des Gesamtbudgets der EU ausmacht, bestimmt, welche Landwirtschaft sich lohnt. Von 60 Milliarden Euro Subventionen gehen 70 Prozent als Direktzahlungen in die reine Größe des Landbesitzes – und zwar unabhängig davon, wie oder was produziert wird.

Gefördert wird dadurch vor allem die industrielle Landwirtschaft mit ihren immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben. (C)

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Reden Sie für die Grünen oder für die AfD?)

Die Folgen sind fatal: Statt die Bürger mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen, führt der Verdrängungswettbewerb um EU-Gelder dazu, dass die industrielle Landwirtschaft auf Monokulturen setzt. Und um die Produktion von Monokulturen zu sichern, werden Pestizide eingesetzt und massiv: Glyphosat!

Was ist Glyphosat? Glyphosat ist das weltweit am meisten eingesetzte Herbizid. Es vernichtet Unkräuter, indem es einen lebenswichtigen Stoffwechselprozess in Pflanzen hemmt.

(Zuruf von der FDP: Unkräuter!)

Dies beruht unter anderem darauf, dass Glyphosat das Wachstum ausgewählter Mykorrhizapilze beeinträchtigt. Pflanzen, die auf Mykorrhizapilze angewiesen sind, um ihre Nährstoffaufnahme zu gewährleisten, sind gegen Glyphosat besonders empfindlich. Und da rund 80 Prozent aller Pflanzen in untrennbarer Symbiose mit Mykorrhizapilzen leben, sind durch Glyphosat indirekte Wirkungen auf den Nährstoffhaushalt dieser Pflanzen zu erwarten. Mit anderen Worten: Der weit überwiegende Teil aller natürlichen Pflanzen stirbt beim Einsatz von Glyphosat.

Auch deshalb hatte der Einsatz von Glyphosat die Entwicklung der Gensoja und weiterer genmanipulierter Pflanzen wegen der notwendigen Herbizidtoleranz zur Folge. (D)

Monsanto ist übrigens der führende Hersteller von Glyphosat und gleichzeitig von Gensaatgut.

Mittlerweile sind über 95 Prozent der Gensoja und knapp 80 Prozent der sonstigen Genpflanzen herbizidresistent, vor allem Mais, Raps und Zuckerrüben, überwiegend gegen Glyphosat.

(Carina Konrad [FDP]: Falsch!)

Seit 1996 wird glyphosatresistente Gensoja in Europa als Futtermittel eingesetzt. Allein Deutschland importiert etwa drei Viertel der Eiweißfuttermittel, überwiegend Gensoja. Über Eier, Milch und Fleisch gelangt das Glyphosat zum Menschen. Deshalb sind Glyphosatspuren hierzulande im Urin fast jedes Menschen zu finden.

Ob Glyphosat krebserregend ist, ist bis heute ungeklärt. Die IARC, eine Einrichtung der WHO, hat 2015 in einer Studie Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Nach europäischen Behörden, darunter das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung, soll die Bevölkerung hierzulande mit derart geringen Mengen Glyphosat in Kontakt kommen, dass eine krebserregende Wirkung unwahrscheinlich sei.

Wer garantiert die richtige Dosierung?

Selbst wenn Glyphosat nicht unmittelbar krebserregend sein sollte, heißt es ausweislich einer neuen ame-

Dr. Birgit Malsack-Winkemann

- (A) rikanischen Studie, dass der Kontakt mit Glyphosat die Mikroflora im Verdauungstrakt von Honigbienen stört.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Reden Sie auch zum Thema?)

Wichtige Bakterienarten im Darm der Tiere werden vernichtet, was zu einem geschwächten Immunsystem und einer geringeren Gewichtszunahme führt.

Vergleichbar mit Aids und ähnlich wie bei Chemotherapiepatienten, deren Immunsystem durch Viren bzw. Zellgifte gestört ist, wachsen anstelle der nützlichen Darmbakterienstämme ganz andere, sogenannte opportunistische und oft schädliche Mikroben im Bienendarm.

Schon 2015 wurden Experimente veröffentlicht, wonach die Bienenarbeiterinnen in der Nähe der mit Glyphosat bewirtschafteten Felder orientierungslos in der Landschaft herumfliegen.

Ihr Navigationsgedächtnis ist gestört, sie können sich nicht mehr merken, wo wichtige Nahrungsquellen sind – und dies auch nicht mehr an ihre Artgenossen im Bienenstock weitergeben.

(Stephan Brandner [AfD]: Wie bei der SPD!)

Viele Bienen finden gar nicht mehr zu ihrem Stock und verenden kläglich. Das alles kann zum Tod ganzer Bienenvölker führen.

- (B) Und das trifft jeden von uns: Insekten bringen Deutschland jedes Jahr dank ihrer Bestäubungsleistung einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 2 Milliarden Euro. Ohne sie müssten wir auf wesentliche Nahrungsgrundlagen wie Obst, Gemüse, Nüsse, Honig und/oder Kräuter verzichten!

Die AfD fordert als Voraussetzung für die Zulassung von Herbiziden industrieunabhängige Studien auf nationaler Ebene, die auch Langzeitfolgen und Wechselwirkungen berücksichtigen.

Frau Klöckner, verschwenden Sie die Millionen des Ministeriums nicht in zynischer Ernährungsberatung,

(Stephan Brandner [AfD]: Wo ist sie eigentlich?)

denn das ist Steuergeldverschwendung pur, packen Sie endlich das Übel bei der Wurzel!

Sorgen Sie dafür, dass gesunde Nahrungsmittel vom Acker kommen, und der größte Teil Ihrer Public Relations erübrigt sich. Denn wozu braucht es Ihre Art der Ernährungsberatung, wenn das Essen wieder gesund ist?

85 Prozent der Bürger wollen einen sofortigen Ausstieg aus Glyphosat. Jeder Tag, an dem Glyphosat noch verwendet wird, ist ein Tag zu viel! Erfüllen Sie wenigstens hier Ihre Koalitionszusage gegenüber der SPD, und ignorieren Sie ausnahmsweise einmal nicht den Mehrheitswillen!

Wir alle wollen gesunde Nahrungsmittel und gesundes Essen, Frau Klöckner!

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(C)

Vielen Dank, Frau Kollegin Malsack-Winkemann. – Es ist ja toll, dass Sie sich hier so gut unterhalten, aber jetzt kommt der nächste Redner dran. Der heißt Christian Haase, und er spricht für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Haase (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschlussvorlage für den Haushalt des BMEL kann sich sehen lassen: Noch nie war der Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft so groß wie dieser. Wir nehmen wichtige Weichenstellungen vor und betreiben damit Vorsorge für die Zukunft.

Unsere Aufgabe im Haushaltsausschuss war es, den finanziellen Rahmen für eine gute Politik zu liefern. Ich denke, das haben wir getan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieser Haushalt steht für starke ländliche Räume, für gesunde Ernährung in jeder Phase des Lebens und für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Ich danke meinen Berichterstatterkolleginnen und -kollegen sowie unserer Ministerin und dem Expertenteam aus dem Ministerium für die konstruktive Zusammenarbeit.

Viele Themen haben unsere Beratungen bestimmt. Da war zunächst der Dürresommer mit den Folgen für die Ställe, für die Äcker und für den Wald, die Ackerbaustrategie, das Thema Ferkelkastration, die landwirtschaftliche Sozialversicherung und nicht zuletzt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen.

(D)

Der Wald steht vor enormen Herausforderungen. Klimawandel, Sturm, Dürre und Schädlinge wie der Borkenkäfer setzen unserem Forst zu. Der Bund Deutscher Forstleute schätzt die Schäden im Augenblick auf 30 Millionen Kubikmeter Holz. Die Überkapazitäten an Holz führen gleichzeitig zu sinkenden Preisen. Die Sägewerke arbeiten am Rande ihrer Kapazitäten. Es fehlen Holzlagerplätze und Transportkapazitäten. Beim Besuch eines Sägewerkes in meinem Wahlkreis konnte ich mich davon überzeugen. Hinzu kommen die Kosten für die Wiederaufforstung der Kalamitätsflächen sowie der Kulturen, die der Dürre zum Opfer gefallen sind.

Ich glaube, mit diesen Herausforderungen können wir den Wald nicht alleine lassen. Deshalb kümmern wir uns darum im Rahmen der GAK mit 25 Millionen Euro, verteilt auf die nächsten fünf Jahre. Zusammen mit den Anteilen der Länder kommen wir auf eine Summe von über 40 Millionen Euro, um die wichtigsten und ärgsten Schäden in unserem Wald finanziell zu kompensieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Wald steht auch im Übrigen im Mittelpunkt unserer Politik. So statten wir zum Beispiel das Kompetenzzentrum Wald und Holz mit acht zusätzlichen Stellen aus. Wir wissen auch: Der Wald der Zukunft muss klimaresistent und auf den Wetterstress vorbereitet sein.

Christian Haase

- (A) Der Klimawandel – das ist mir wichtig – macht nicht an Ländergrenzen halt; deswegen haben wir die Mittel für den Waldklimafonds um 5 Millionen Euro aufgestockt und im Haushalt des BMZ 10 Millionen Euro für die internationale Waldpolitik verankert.

Wenn man nach all diesen Leistungen für den Wald liest, dass der forstpolitische Sprecher der FDP sagt, das sei zu wenig, da müsste noch etwas kommen, dann macht man sich natürlich seine Gedanken. Gerne hätte ich über einen Antrag der FDP diskutiert mit dem Inhalt: „Wir wollen mehr Geld für den Forst geben“, den gab es aber nicht. Es gab lediglich Anträge auf Kürzungen beim FNR und bei der internationalen Waldpolitik. Das ist nicht die feine englische Art, wie ich sie mir vorstelle.

Meine Damen und Herren, in der Politik sollte man sich mit Realitäten beschäftigen; deshalb haben wir uns die landwirtschaftliche Sozialversicherung noch einmal genau angeschaut, wir haben ein zusätzliches Berichterstattergespräch zu diesem Thema geführt. Sie alle wissen: Der Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde im Rahmen der Milchkrise als strukturelle Einkommenshilfe von 100 Millionen auf 178 Millionen Euro aufgestockt; das war wichtig und richtig. Wir mussten jetzt bewerten, ob das überhaupt die richtigen Betriebe getroffen hat und das, was wir wollten, nämlich die Unterstützung der Familienbetriebe, auch tatsächlich eingetreten ist. Ich kann Ihnen sagen: Ja, genau das ist passiert – wir haben uns das angeschaut –, die Hilfe ist dort angekommen, wo wir sie wollten. Diese Hilfe ist auch in Zukunft notwendig; ich glaube, dieser Sommer hat das eindeutig gezeigt.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Aber es kann nicht sein, dass wir mit diesem Rabatt auch Betriebe unterstützen, die Millionenumsätze machen. Wir wollten ja die strukturellen Familienbetriebe, die kleinbäuerlichen, in den Mittelpunkt stellen. Das haben wir nun korrigiert und einen Höchststrabatt von 20 000 Euro eingeführt. Ich glaube, damit ist der Beitragszuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sowohl gerecht als auch zukunftssicher.

Eines möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen, weil immer wieder andere Stimmen aufkommen: Die landwirtschaftliche Sozialversicherung stellen wir nicht infrage, sie ist für uns unverzichtbar und muss eigenständig bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich freue mich, dass die Bundesregierung da an unserer Seite steht.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit der Realität beschäftigen, dann müssen wir uns auch ein realistisches Bild vom Beruf des Bauern und unseren landwirtschaftlichen Betrieben machen. Viele romantische Vorstellungen von der Bäuerin, die pfeifend mit der Milchkanne in der Hand über den Hof rennt, entsprechen nicht der Lebensrealität auf unseren Höfen. Meine Tochter beendet gerade ihre Ausbildung zur Erzieherin und berichtet mir immer wieder, dass gerade in den Bereichen Lebensmittelkunde und Ernährung noch viel Aufklärung notwendig ist, nicht nur bei den Kindern, son-

dern vor allen Dingen auch bei den Eltern. Wir haben das erkannt. Wir wollen, dass mehr Menschen auf die Höfe kommen. Wir wollen, dass sich die Leute die Lebensrealitäten auf unseren Bauernhöfen anschauen und wissen, wie moderne Landwirtschaft funktioniert, damit nicht solche Einschätzungen wie die meiner Kollegin von der AfD Raum greifen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir hoffen gleichzeitig, dass wir damit einen Beitrag leisten für ein besseres Bewusstsein und eine höhere Wertschätzung unserer Lebensmittel. Dabei haben wir bewusst Wert darauf gelegt, dass wir nicht nur Ökobetriebe, sondern auch konventionelle Betriebe besuchen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir endlich aufhören, einen Keil in die Bauernschaft zu treiben,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

und nicht sagen: Nur die einen sind gut, die anderen sind nur schlecht, nur Bio ist gut, konventionell ist schlecht. – Das ist vollkommen falsch.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Besuchen Sie sie nicht nur, sondern machen Sie Politik für sie!)

Meine Damen und Herren, wenn wir realistisch bleiben wollen, müssen wir Programme immer wieder überprüfen. Wir haben das mit der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ in diesem Jahr gemacht. Wir haben genau angeschaut, was wir tun können, damit die Mittel von den Ländern besser ausgenutzt werden können. Der erste Wunsch der Länder war eine höhere Flexibilisierung; dafür haben wir nun gesorgt. Gleichzeitig haben wir für eine klare Trennung zwischen den klassischen strukturellen Hilfen für die Landwirtschaft auf der einen Seite und der Förderung ländlicher Räume auf der anderen Seite gesorgt. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt, damit der Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ von den Ländern nicht so zögerlich angenommen wird, wie das bisher der Fall war. Wir haben den Sonderrahmenplan auf 150 Millionen Euro aufgestockt. Ich glaube, das ist ein deutliches Zeichen für die Menschen im ländlichen Raum. Hier kann endlich etwas nachgeholt werden, was in der Vergangenheit versäumt wurde. Jetzt sind die Länder gefordert, das auch tatsächlich umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Schluss möchte ich noch zu zwei kurzen Punkten kommen, auf die sicherlich auch noch andere Redner eingehen werden: Beim Thema Ackerbaustrategie haben wir die Mittel aufgestockt. Da geht es uns jetzt vor allen Dingen erst einmal um eine Forschungsförderung, um Innovationen im Bereich der Gülleaufbereitung auf den Weg zu bringen.

Der zweite Punkt ist das Thema Ferkelkastration. Darüber wird von den Fachleuten demnächst auch noch einmal hier im Bundestag diskutiert. Unsere Aufgabe war es, das notwendige Geld dafür bereitzustellen. Wir nehmen 38 Millionen Euro in den nächsten Jahren in die

(C)

(D)

Christian Haase

- (A) Hand, um für die entsprechende Schulung der Landwirte und für die Narkosegeräte zu sorgen. Ich glaube, das ist ein vernünftiger und wichtiger Schritt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD] – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Nein, ist es nicht!)

Meine Damen und Herren, dass wir gut gearbeitet haben, sieht man an den vielen einstimmigen Beschlüssen, die wir in der Bereinigungssitzung miteinander gefasst haben. Dass es aber noch viel zu tun gibt, habe ich, glaube ich, während meiner Rede gesagt. Lassen Sie uns das alles in den nächsten Jahren gemeinsam miteinander anpacken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Haase. – Nächste Rednerin: Ulla Ihnen für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulla Ihnen (FDP):

- (B) Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt sich, dass auch zwei Haushaltsberatungen in einem Jahr nicht ausreichen, um einige Streitpunkte zwischen den verschiedenen Parteikollegen für die Land- und Forstwirtschaft gemeinsam zufriedenstellend zu lösen. Dabei liegen uns die Forst- und Landwirtschaft in solch einem Dürrejahr wie diesem natürlich besonders am Herzen.

Der Kollege Haase hat eben von der GAK gesprochen. Ich glaube, da haben unsere gemeinsamen Gespräche zunächst einmal zu einer guten Lösung beitragen können. Sie, Herr Kollege Haase, haben unseren forstwirtschaftlichen Sprecher angesprochen. Ich kann nur versichern, die Liberalen haben ein großes Herz für den Forst. Wir sind, glaube ich, die einzige Fraktion, die einen gelernten bzw. studierten Förster in ihren Reihen hat.

(Beifall bei der FDP – Christian Haase [CDU/CSU]: Bei uns ist keiner angetreten!)

Ansonsten kann ich nur sagen: Wir haben 424 Anträge im Haushaltsverfahren gestellt. Alle sind abgelehnt worden. Ich hätte Antrag Nummer 425, lieber Herr Kollege Haase, gerne gestellt, wenn ich gewusst hätte, dass Sie dem zustimmen.

(Beifall bei der FDP – Christian Haase [CDU/CSU]: Ein Anruf hätte genügt!)

Ein Punkt, über den wir lange diskutiert haben und bei dem ich als Freie Demokratin mit der Lösung noch nicht zufrieden bin, ist der Zuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Dieser ist 2005 um 78 Millionen Euro angehoben worden, und um diese zusätzlichen 78 Millionen Euro geht es immer wieder. Sie waren in der Milchkrise zur Hilfe für die Betriebe gedacht. Durch unser beharrliches Nachfragen in diesem gesamten Jahr und die Arbeit des Bundesrechnungshofes hat sich he-

rausgestellt, dass das Geld eben nicht dezidiert bei den Betrieben, die damals gemeint waren, angekommen ist. (C)

Man kann nun darüber reden, ob man den Zuschuss weiter zahlt. Das ist der Großen Koalition auch unbekannt. Man hat aber diese 78 Millionen Euro jetzt verstetigt und in die Maßnahme für den ländlichen Raum und die dafür vorgesehenen 1,5 Milliarden Euro für die komplette Legislatur eingeordnet. Das heißt, über vier Jahre fehlen bei den 1,5 Milliarden Euro für den ländlichen Raum schon mal 312 Millionen Euro. Das ist ein Fünftel. Ich denke, die Probleme der Milchbauern sind lange nicht gelöst. Und mit 312 Millionen Euro kann man den Land- und Forstwirten im ländlichen Raum anders und besser helfen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Sache würde ich aber gerne positiv herausstellen, über die ich mich gefreut habe. Dem Antrag zur finanziellen Unterstützung der sogenannten Weideschäfer haben wir gerne zugestimmt. Sie müssen ihre Tiere, ohne über einen Stall zu verfügen, unter anderem gegen den Wolf schützen. Die Weideschäfer tragen essenziell zum Naturschutz und in Norddeutschland natürlich auch essenziell zum Küstenschutz bei. Daher haben wir das gerne unterstützt.

Ein anderer Streitpunkt zwischen uns ist aber natürlich immer noch das geplante freiwillige staatliche Tierwohllabel, das als Konkurrenz zu bestehenden Labels auf den Markt kommen soll. Erst heute hat die „FAZ“ wieder vor der drohenden Etikettenflut gewarnt und das Thema aufgegriffen. Was bitte soll das staatliche Tierwohllabel können, das bereits bestehende Label nicht können? Es sind allein für 2019 dafür 33 Millionen Euro veranschlagt. Wäre ein staatlicher Tierwohl-TÜV oder Label-TÜV nicht vielleicht eine viel einfachere, billigere und bessere Idee? Darüber könnte man zumindest einmal nachdenken. (D)

Wir begrüßen, Herr Staatssekretär, ausdrücklich das Engagement der Ministerin und schätzen die Chancen der Digitalisierung für die ländlichen Räume. Nur, was nutzen die Erkenntnis und das Engagement, wenn so viele ländliche Gegenden in Deutschland immer noch eine digitale Wüste sind? In der Landwirtschaft und Forstwirtschaft hat die Digitalisierung längst Einzug gehalten. Ich glaube, hier ist Ministerin Klöckner wirklich als Schutzpatronin des ländlichen Raumes gefordert, um das durchzusetzen.

Leider ist der Haushaltsentwurf in vielen Bereichen nur ein einfaches Weiter-so. Schleppend laufende Programme, wie beispielsweise die Förderung des Ökolandbaus, werden nicht kritisch hinterfragt, sondern im Gegenteil, der Haushalt wird mit immer mehr Aufgaben überfrachtet, mit kleinteiligen Förderprogrammen, mittlerweile in einem Volumen in Höhe von 6,3 Milliarden Euro. Bei so vielen Förderrichtlinien sieht man manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten haben zwei Ziele: kluge Investitionen in eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft und einen nachhaltigen Umgang mit Steuergeld

Ulla Ihnen

- (A) für die zukünftigen Generationen. Da das für uns noch nicht ausreichend erkennbar ist, werden wir den Haushalt ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Ihnen.

(Abg. Jürgen Braun [AfD] meldet sich zu Wort)

– Nein, wir haben verabredet, dass es von Ihrer Fraktion heute keine weiteren Kurzinterventionen mehr gibt, weil Sie so zahlreiche Kurzinterventionen hatten.

(Jürgen Braun [AfD]: Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag!)

– Gut, dann sagen Sie bitte, nach welchem Artikel.

Jürgen Braun (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Es geht um einen Antrag zu § 42 der Geschäftsordnung. Die AfD-Fraktion ist der Meinung, dass bei der Debatte zu diesem wichtigen Haushaltstitel die Anwesenheit der zuständigen Ministerin verlangt werden sollte. Das beantragen wir gemäß § 42 der Geschäftsordnung in Verbindung mit Artikel 43 Grundgesetz. Es ist für eine Ministerin gegenüber dem Parlament nicht angemessen, bei der Debatte nicht anwesend zu sein.

- (B) (Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Braun. – Über diesen **Geschäftsordnungsantrag** werden wir jetzt abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Braun zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen?

(Beatrix von Storch [AfD]: Hammelherde! –
Stephan Brandner [AfD]: Keiner will die Ministerin!)

– Oh, oh, oh.

(Zuruf von der CDU/CSU: Also, mit Beleidigungen ist jetzt genug!)

– Frau von Storch, das war wenig parlamentarisch.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD] und Stephan Brandner [AfD])

– Mit Verlaub, Sie sind jetzt nicht dran. Das war nicht parlamentarisch.

Der Antrag, Herr Braun, ist, wie Sie gesehen haben, abgelehnt.

(Stephan Brandner [AfD]: Hammelsprung gibt es aber auch!)

– Dann lesen Sie einmal die Geschäftsordnung, und dann wissen Sie, wie es zu einem Hammelsprung kommt.

Ich glaube, die Mehrheit war ziemlich eindeutig. Sie müsste auch für Sie eindeutig gewesen sein. Der Ge-

schäftsordnungsantrag ist abgelehnt. Es gibt auch Gründe, warum Frau Klöckner nicht da ist. Das ist uns gesagt worden. (C)

(Stephan Brandner [AfD]: Gründe gibt es immer!)

Deswegen ist der Parlamentarische Staatssekretär anwesend. Aber Sie haben das Recht, den Antrag zu stellen. Das haben Sie gemacht. Darüber ist abgestimmt worden.

Nächster Redner: Rainer Spiering für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab, Herr Haase: Mir hat Ihre Rede sehr gut gefallen. Sie war differenziert und ausgewogen, eine abgewogene Darstellung des Haushaltes. Den Hinweis darauf, dass wir Ökolandbau und konventionellen Landbau gemeinsam und nicht gegeneinander betrachten, fand ich sehr wohltuend.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Da Herr Haase den Haushalt in seinen Zahlen sehr gut dargestellt hat, lassen Sie mich einen etwas anderen Blick auf die Landwirtschaft werfen. Es gab letzte Woche den Bericht von „top agrar“ zur Gewinnausstattung der Landwirtschaft 2017. Wir haben eine Gewinnsteigerung von 12,4 Prozent. „top agrar“ hat dazu geschrieben, dass es überproportional zu anderen Gewerken und anderen Sektoren gewesen ist. Ich finde, darüber darf und sollte man nachdenken. Die Landwirtschaft als Sektor, der erheblich subventioniert ist, exportorientiert ist, starke Auswirkungen auf Natur und Landschaft, vor allen Dingen auf die Qualität von Luft, Wasser und Boden hat, muss meiner Ansicht nach in Bewegung kommen. Ich glaube, das geschieht auch. Die Zahlen zeigen: Die landwirtschaftlichen Unternehmen – landwirtschaftliche Betriebe will ich auf jeden Fall sehr wohl als Unternehmen betrachten – sind kapitalstark, leistungsfähig, robust und belastbar. (D)

Wir haben Problemstellungen. Wir werden vermutlich von der EU eine Rüge bekommen, und zwar im Zusammenhang mit der Nitratrichtlinie. Sie wird uns darauf hinweisen, dass wir die Grenzwerte für Nitrat nicht einhalten. Wir werden daraufhin die Düngeverordnung vermutlich neu überdenken müssen. Die Belastung von Boden, Luft und Wasser ist – zumindest in der Wahrnehmung von außen – zu hoch. Wir müssen auch feststellen, dass die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten von Ammoniak und Methan gehört. Ich glaube, daraus ergeben sich Aufgaben, die aber sehr wohl lösbar sind.

Der Haushalt zeigt da Wege auf, die wir gehen können. Ich möchte mit der Forschung anfangen. Wir haben sehr starke, forschungsintensive, eigene Institute. Sehr stark in diesem Bereich sind etwa die Leibniz-Institute. Aber wenn man mal schaut, was die Ergebnisse dieser Forschungen sind, und versucht, Handlungsorientierungen zu bekommen, dann wird es schwierig. Das heißt, wir haben beim BMEL bzw. bei der BLE einen Bottle-

Rainer Spiering

- (A) neck, durch den zu wenig Informationen gelangen, die uns helfen könnten, Handreichungen zu bekommen und entsprechend zu agieren.

Ich habe gesehen, wie viele Mittel aus dem Haushalt zur Leibniz-Gemeinschaft fließen. Wir haben uns mit der Leibniz-Gemeinschaft auseinandergesetzt und erstaunliche Informationen bekommen. Auch da ist die Zahl der Handlungsempfehlungen relativ niedrig. Deswegen ist meine Forderung, im Personalbereich, Herr Staatssekretär, die Befristung der Verträge aufzuheben – das Problem ist aber bekannt –, damit wir Personalsicherheit haben, als Entscheidungsträger bessere Informationen bekommen und vor allen Dingen wissenschaftliche Ergebnisse – so, wie wir es uns immer vornehmen – als Entscheidungsgrundlage nutzen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Landwirtschaft kann und muss Innovationstreiber nachhaltiger, moderner, zukunftsorientierter ländlicher Regionen sein. Nur die Landwirtschaft mit ihren Betrieben kann das leisten.

- (B) Ich finde es immer wieder faszinierend: Es gibt kaum einen Wirtschaftssektor in Deutschland, in dem Sozietät, Wirtschaft, Umweltbedingungen und die Frage des Umgangs mit Boden, Luft und Wasser so eng miteinander verknüpft sind wie in der Landwirtschaft; ich kenne eigentlich keinen. Die Einflussfaktoren sind sehr variabel und die damit verbundenen Herausforderungen groß. Sie kennen diese Faktoren: Sonne, Wind, Regen, Hochs und Tiefs, Boden, Klimaveränderungen.

Parallel dazu gibt es abgehängte Gemeinden, eine Unterversorgung mit IT – das ist hier angesprochen worden –, einen Abbau der Krankenversorgung und – leider – Boden als Spekulationsobjekt seelenloser Kapitalgesellschaften und Hedgefonds. Da müssen wir dringend rangehen. Ich weiß nicht, ob ich allen Glauben schenken soll, die einer kleinteiligen und familiengeführten Landwirtschaft das Wort reden. Wir müssen den Worten auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig ist die ländliche Region Erzeugerin von Wind-, Bio- und Solarenergie. Es kommt zum Einsatz von Drohnen und Selbstfahrern. Autonomes Fahren und Big Data sind hier wesentlich stärker verankert als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen.

Ich komme zu den Antworten. Angesprochen von Herrn Haase wurde die Ackerbaustrategie. Wir müssen sie jetzt umsetzen und mit Leben füllen. Wir brauchen auch eine Nutztierstrategie – weg von der Masse, hin zu bezahlbarer Klasse. Dazu brauchen wir natürlich ein staatliches Tierwohllabel.

(Beifall bei der SPD – Susanne Mittag [SPD]: Verpflichtend!)

Wir müssen raus aus der Abhängigkeit von Lebensmittel-einzelhandel, Molkereien, Großschlachtereien. Wir brauchen Vielfalt und Regionalität statt Monopole. (C)

(Karlheinz Busen [FDP]: Machen, machen! Ihr seid an der Regierung!)

– Ganz ruhig bleiben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Organisationen wie Solawi können hilfreich sein. Warum fördern wir nicht IT-Start-ups, die sich um regionale Vermarktung kümmern? Warum geben wir ihnen keine Haushaltsmittel, um Regionalität von Staatsseite zu fördern? Warum gehen wir nicht raus aus der eindimensionalen Vermarktungsstrategie, die unser Land so prägt? Nicht Ernährungssicherheit ist das Gebot der Stunde, sondern Ernährungssouveränität.

Ich sehe eine große Gefahr für die deutsche Landwirtschaft.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Die SPD! – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Ein Land, das Atomkraftwerke von der Bildfläche hat verschwinden lassen, ein Land, das seine eigene Automobilindustrie sehr kritisch hinterfragt, hinterfragt auch seine Landwirtschaft sehr kritisch, und dem werden wir uns stellen müssen. Umweltschützer, Tierschützer, junge Menschen haben große Bedenken gegenüber der Form von Landwirtschaft, die wir derzeit betreiben. Ich denke, denen schulden wir eine Antwort. Wir können über Mittel des Bundeshaushalts entsprechend finanzieren; aber nur wenig. Wir können vor allem über die Mittel der GAP finanzieren. Das werde ich jetzt allerdings außen vor lassen, weil ich noch etwas zur IT-Plattform sagen muss. (D)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Nee, nee!

(Heiterkeit)

Rainer Spiering (SPD):

Im Haushalt stehen dafür 15 Millionen Euro zur Verfügung. Wir müssen sicherstellen, dass die IT-Plattform nicht Monopolisten wie SAP, Google, Microsoft oder John Deere überlassen wird, sondern dass sie der Souveränität unseres Staates, unserer Zivilgesellschaft anheimgeführt wird. Wir müssen Datensicherheit für die Bauern schaffen. Wir müssen die Zugänge zur IT-Plattform klar regeln. Das müssen wir dieses Jahr auf den Weg bringen. Und das ist mein Plädoyer: Die IT-Plattform kann und muss Antworten geben auf die großen Fragen der Nachhaltigkeit und der Zukunftsorientierung und auf die Frage: Wie schützen wir Boden, Luft und Wasser? Ich glaube, das kann sie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Rainer Spiering. – Nächste Rednerin: Heidrun Bluhm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 wächst, und ich freue mich, dass insbesondere im Bereich ländliche Entwicklung endlich zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Sowohl das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung als auch die Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung haben einen Aufwuchs erfahren, und zwar merklich. Das fordern wir seit langem und mit uns zusammen Verbände und Bundesländer. Die Bundesregierung liefert, könnte man sagen. Das ist eine gute Nachricht.

Doch wir müssen bei dem Bild auch die andere Seite betrachten. Wir kritisieren, dass die Bundesregierung die wichtigste Hausaufgabe in diesem Bereich bisher nicht erledigt hat, und das sechs Jahren nach ihrer Ankündigung. Im vorletzten Koalitionsvertrag hat die damalige Regierung versprochen, die GAK so zu reformieren, dass die Mittel auch tatsächlich komplett eingesetzt und abgerufen werden können und zügig dort ankommen, wo sie ankommen sollen, dort, wo sie gebraucht werden: bei den Praktikern, bei den Engagierten, bei den Ehrenamtlichen, in den Kommunen. Diese Reform ist überfällig;

(Beifall bei der LINKEN)

(B) denn sonst droht auch das Geld, das wir neu eingestellt haben, zumindest teilweise zu verpuffen.

Die Linke will eine Förderung, die den Akteuren vor Ort mehr Spielraum gibt; denn vor Ort weiß man am besten, was die Region braucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb brauchen wir Regionalbudgets statt unzähliger Verwaltungs- und Förderrichtlinien unterschiedlichster politischer Ebenen, Beratungskapazitäten statt Kontrollkapazitäten, Verschlinkung der Förderanträge statt Aufbau von Bürokratisierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Politik für den ländlichen Raum darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht werden und aus Berlin oder den Landeshauptstädten diktiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auf eine grundsätzliche Frage zu sprechen kommen, die den Einzelplan 10 betrifft und die Politik, die wir damit in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz machen. Die Bundesregierung erklärt ihr zurückhaltendes Engagement für eine nachhaltige Agrar- und Lebensmittelwirtschaft etwa beim Thema Tierschutz damit, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher niedrige Preise wollen oder wir die Märkte an das EU-Ausland verlieren würden. Das stimmt so nicht. Viele Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Bewusstsein für eine nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein starkes Bewusstsein für das Wohl

oder das Leid der Tiere. Das belegen auch Umfragen (C) deutlich. Zwei Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher sind bereit, mehr für Fleisch zu bezahlen, wenn dafür mehr Tierwohl umgesetzt wird.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Aber nur 10 Prozent tun es!)

Wenn die Mehrheit der Deutschen sich nicht nur für mehr Tierwohl und eine nachhaltige Agrarwirtschaft ausspricht, sondern eine deutliche Mehrheit sogar bereit ist, dafür zu bezahlen, eine Mehrheit des Deutschen Bundestages aber permanent dagegenstimmt, dann läuft hier etwas gewaltig schief.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte diese grundsätzliche Frage aufwerfen, weil es aus meiner Sicht müßig ist, ständig über aktuelle Skandale in der Landwirtschaft zu reden. Tiertransporte, Glyphosat, Bienensterben, Ferkelkastration, Nitrate im Grundwasser – ich könnte vieles Weitere aufzählen –; der Fetisch der neoliberalen Exportpolitik und die Orientierung auf Rendite und internationale Märkte scheinen über allem zu stehen. Das kritisiert die Linke; ich denke, zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das vermeintliche Totschlagsargument, dass Produzenten aus anderen EU-Staaten in einem Binnenmarkt immer die Lücken auf dem Markt nutzen werden, um die billigsten Agrarprodukte zu liefern, sodass schon deshalb ein Fortschritt in den Bereichen Tierschutz und Umweltschutz oder auch eine faire Bezahlung in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie nicht gewährleistet und verwirklicht werden können, schreit doch zum Himmel. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

So darf die EU nicht wahrgenommen werden. Das muss gerade vor dem Hintergrund der Rede von Macron gesagt werden, der noch vor zwei Tagen an diesem Pult stand. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU darf kein Instrument bleiben, um soziale und ökologische Standards ins Bodenlose zu senken. Das ist ein Wettbewerb um das billigste Fleisch, das ist ein Wettbewerb um den billigsten Liter Milch, das ist ein Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen, das ist ein Wettbewerb um die größte Ignoranz gegenüber Natur- und Tierwohl. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir endlich eine Agrarpolitik in Europa, die das Tierwohl und eine nachhaltige Landwirtschaft fördert, statt sie zu unterbinden. Entwickeln wir sie hin zu einer Gemeinschaftsaufgabe, die sozial-ökologische Leistungen honoriert, statt den reinen Besitz von Land und damit letztlich die Spekulation zu fördern. Das wäre ein erster Schritt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Zwei Jahrhunderte zu spät sind Sie dran!)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Heidrun Bluhm. – Nächster Redner: Harald Ebner für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Haase, Herr Staatssekretär, es ist wunderbar, dass Sie jetzt Geld für die schmerzfreie Ferkelkastration ausgeben. Gut gemacht! Aber ich frage Sie: Warum eigentlich erst 2019, wenn die fünfjährige Frist, die Sie sich selbst gesetzt haben, schon längst abgelaufen sein wird? Kann mir irgendjemand in diesem Haus sagen, warum das nicht in einem der letzten fünf Haushalte aufgetaucht ist? Da hätte es doch geholfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hätten Sie den Bauern helfen können, und damit hätten Sie millionenfaches Leid der Ferkel verhindern können. Vor allem aber hätten Sie diese unsägliche schmerzhafteste Kastrationspraxis, ohne jegliche Betäubung, jetzt nicht noch einmal verlängern müssen. Das ist etwas, was wir von einer Haushaltsplanung verlangen. Wir verlangen, dass sie nicht in die Vergangenheit gerichtet ist, sondern in die Zukunft, sodass man nicht, wie Sie es jetzt machen müssen, im Nachhinein Fehler beheben und Löcher notdürftig flicken muss.

Große Zukunftsaufgaben im Bereich der Agrarpolitik sind zum Beispiel der Kampf gegen das Insektensterben und die Senkung des Einsatzes von Pestiziden. Sie wollen jetzt damit beginnen, eine Ackerbaustrategie zu entwickeln. Sie wollen „beginnen, eine Ackerbaustrategie zu entwickeln“, mit sage und schreibe 5 Millionen Euro. Das ist eine sehr kleine Antwort auf ein sehr großes Problem. Hier sollten Sie klotzen und nicht kleckern.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen liefern Sie sich ein Schauspiel gegenseitiger Blockaden mit der Umweltministerin.

Eine echte, ernstgemeinte Strategie zum Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat und anderen Pestiziden muss doch beinhalten, dass man heute massiv in die Erforschung alternativer Methoden investiert, damit wir den Bäuerinnen und Bauern morgen Methoden anbieten können. Aber Ministerin Klöckner schimpft erstens jeden, der anderer Meinung ist, einen Ideologen, und zweitens haut sie lieber flotte Sprüche raus und rudert anschließend zurück. Von „Glyphosateinsatz so schnell wie möglich beenden“ bleibt bei Ihnen am Ende lediglich: Einsatz zurückdrängen, und das in frühestens fünf Jahren. – Mit Fünfjahresfristen haben Sie ja so Ihre Erfahrungen gemacht.

Die Forschung an Alternativen, mit denen die Landwirtinnen und Landwirte unterstützt werden können, was passiert da? Ziemliche Fehlanzeige! Über 4 Prozent des Agrarforschungsanteils kommen Sie da nicht hinaus. Aber genau da müssen wir investieren, um den Herausforderungen, auch der Klimakrise, zu begegnen. Wo sind denn die großen Aufbruchsignale aus diesem Haushalt für eine klimastabile Land- und Waldwirtschaft? Minis-

terin Klöckner hat stattdessen mal wieder die Gentechnik entdeckt, die alles richten soll, diesmal die neue Gentechnik – mit den alten Versprechen im Übrigen. **(C)**

Zum Glück hat der Europäische Gerichtshof im Juli geurteilt und festgestellt: Auch neue Gentechnik ist Gentechnik und muss genauso gekennzeichnet und geprüft werden. Das ist ehrlich, auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber, die keine Gentechnik wollen.

Aber die Konsequenz, die die Frau Ministerin zieht, weil ihr der Richterspruch nicht passt, ist, das Gesetz zu ändern. Das reißt hier ein bei der Union, erst beim Diesel, dann bei der Gentechnik: Wenn Ihnen Urteile nicht passen, ändern Sie die Gesetze, die so lästig sind, und wenn jemand aufmuckt, erkennt man ihm die Gemeinnützigkeit ab.

(Zuruf von der FDP: Ja! Bravo!)

– Finden Sie gut? Ich finde, damit legen Sie die Axt an die Grundfesten der pluralistischen und freiheitlichen Demokratie.

(Zuruf von der FDP: Das ist kein Pluralismus, Herr Kollege!)

– Das finde ich schon.

(Zuruf von der FDP: Tolle Vorstellung von Zivilgesellschaft, die Sie da haben!)

Statt da den Biotech-Konzernen hinterherzurennen, sollten Sie sich lieber um die Systemfragen für eine klimastabile Land- und Forstwirtschaft kümmern. Stellen Sie endlich Mittel ein für Forschung an Alternativen! Stellen Sie Mittel ein für den Waldumbau; der ist dringend notwendig. **(D)**

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben wir alles schon gelesen! – Carina Konrad [FDP]: In den Ländern, wo Sie regieren, ist der Wald am schlimmsten dran!)

Wir können nicht auf Dauer – ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin – die Klimaschäden, die entstehen, ausgleichen. Wir müssen dafür sorgen, dass der Wald klimastabil ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Überall da, wo die Grünen regieren!)

Also lassen Sie uns diese hochproblematischen Fichten- und Kiefern-Monokulturen endlich mal umbauen! Dafür sollten wir Geld in die Hand nehmen, im Übrigen auch für Löschflugzeuge, damit man Brände schnell löschen kann.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Jetzt nehme ich Sie aber beim Wort.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Genauso sollte man endlich dafür sorgen, dass auch die europäische Agrarpolitik hier ein Zeichen setzt und ökologische Leistung statt Fläche honoriert.

Harald Ebner

(A) Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Harald Ebner. – Nächster Redner ist der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Joachim Fuchtel, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich für das Verständnis für die begründete Abwesenheit meiner Bundesministerin

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na ja!)

und halte zu Beginn fest: Dieser hier bereits beschriebene Rekordhaushalt ist eine klare Wertschätzung für alle, die im ländlichen Raum produzieren und wirtschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Von einigen Vorrednern wurden verschiedene agrarpolitische Baustellen aufgezeigt. Ja, es gibt markante Zielkonflikte; sie müssen so gelöst werden, dass Land- und Ernährungswirtschaft weiterhin in Deutschland eine auskömmliche Zukunft haben und dass umweltbewusst und nachhaltig gehandelt wird; denn wir alle wollen mit unserer Politik gesellschaftlichen Konsens zurückerobern.

(B)

Ein Beispiel ist das seit vielen Jahren stattfindende Töten von männlichen Küken. Nicht wenige haben hier nur auf Verbote gesetzt. Wir haben in Forschung investiert, 5 Millionen Euro. Jetzt sind die neuen Technologien da, Geschlechtererkennung ist bereits im Ei möglich. Die Suche nach innovativen Lösungen ist eben doch besser als pauschale Verbotspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben damit nicht nur Zielkonflikte aufgelöst, sondern wir stehen jetzt auch weltweit an der Spitze der Innovation. Verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist exemplarisch unser Verständnis von Tierschutz am Wirtschaftsstandort Deutschland

(Beifall bei der CDU/CSU)

und es wird weiterhin unsere agrarpolitische Handschrift sein.

Wir wissen alle um die vielfältigen Herausforderungen der Pflanzenerzeugung. Wir steigen deshalb in eine neue Ackerbaustrategie ein – was man wahrscheinlich schon viel früher hätte machen können –, um unter anderem Alternativen zu Instrumenten der Unkrautvernichtung zu entwickeln. Und wieder: Mit Verboten allein ist der Landwirtschaft nicht geholfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch beim Schadstoff im Boden gilt: Ziel ist, Innovationen zur Aufbereitung von Gülle zu fördern, um Regionen mit intensiver Tierhaltung zu entlasten. Oder bei

der Nutztierhaltung: Wir schaffen die wissenschaftliche Basis für eine Nutztierstrategie, in der Tierwohl, Umweltschutz und Klimaschutz zusammenlaufen – für die Forschung, aber auch ganz konkret, um neue Verfahren auszuprobieren und schnell in die Praxis zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als weiteren Punkt nenne ich die 56,8 Millionen Euro zur Förderung von Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Thema Digitalisierung ist schon mehrmals angesprochen worden, insbesondere vom Kollegen Spiering, der besondere Verdienste damit erworben hat, sich bei diesen Fragestellungen aktiv einzubringen. Digitalisierung ist in aller Munde. Von allen Sektoren der Wirtschaft wird die Landwirtschaft der Bereich sein, in dem die Digitalisierung das größte Potenzial haben wird, und deswegen hat sich die Koalition ernsthaft auf den Weg gemacht, hier gemeinsam etwas voranzubringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Allein für die Entwicklung digitaler Techniken auf dem Acker und im Stall stellen wir 15 Millionen Euro zur Verfügung. Wir schaffen echte Experimentierfelder in landwirtschaftlichen Betrieben und in den ländlichen Regionen. Das heißt: Mitwirkung der Landwirtschaft direkt von Anfang an und vor Ort. Wir probieren daneben aus, wie die Digitalisierung zum Schutz der Umwelt, des Tierwohls und der Biodiversität eingesetzt werden kann sowie nicht zuletzt dafür, Arbeitserleichterungen zu erreichen, vor allem mit Blick auf die derzeitige Arbeitskräftelage in diesem Bereich.

(D)

Mir ist es ganz besonders wichtig, dass wir die im Blick haben, die unsere Landwirtschaft tragen: die Bäuerinnen und Bauern. Deshalb freuen wir uns, dass die finanzielle Unterstützung der agrarsozialen Sicherung auf dem hohen Niveau von 4 Milliarden Euro gehalten wird. Wo notwendig haben wir Anpassungen vorgenommen oder werden diese vornehmen, wie bei der Hofabgabeverpflichtung in der Alterssicherung der Landwirte. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung finden werden.

Darüber hinaus wurde die Krankenversicherung der Landwirte zur Leistungsverbesserung mit 26 Millionen Euro mehr ausgestattet.

Dies unterstreicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Der Haushalt 2019 ist ein klares Bekenntnis der Koalition zu einer eigenständigen agrarsozialen Sicherung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu den ländlichen Räumen. Für unsere Wahrnehmung der ländlichen Räume ist diese Legislatur so etwas wie der Gang zum Optiker. Wir haben die Stadtbrille abgelegt, um mit der ganzen Stärke, die diese Koalition hat, Land und Stadt künftig in gleicher Weise in den Blick zu nehmen – die Menschen in der Stadt, die unter dem wachsenden Verkehr leiden, genauso wie die Menschen auf dem Lande, wo es darum geht, ob dort überhaupt

Parl. Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel

- (A) noch ein Bus verkehrt, oder die Familie, die in der Stadt keine Vierzimmerwohnung mehr findet, genauso wie den Bürgermeister auf dem Dorf, der leerstehende Ortskerne wieder mit Leben füllen muss und will.

Ich bin dankbar, dass anerkannt wird, Frau Bluhm, dass hier Bewegung entstanden ist. Die haushalterische Antwort heißt: 900 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe. Wer das in Prozent angegeben haben möchte: Es sind 17,8 Prozent mehr. Das ist schon ein ganz schönes Wort. Über die GAK stellen wir übrigens auch zusätzliche Mittel für unsere Wälder zur Verfügung, wie das vorher vom Kollegen Haase bereits gesagt wurde, um den Waldeigentümern in der prekären Situation, in der sie zurzeit sind, zu helfen.

Für politische Feinschmecker: 150 Millionen Euro aus der GAK sind für den Sonderrahmenplan Ländliche Entwicklung vorgesehen. Frau Bluhm, hier gibt es erstmals regionale Budgets. Sie sind noch nicht so groß, aber das ist zum Erproben, wie sich das entwickelt, und ich denke, das ist ein ganz wichtiger struktureller Schritt.

Um noch mal auf das Beispiel mit der Brille zurückzukommen: Das ist das Ende der Landblindheit. Dazu gehört übrigens auch eine Stärkung des Ehrenamts; denn wir wissen, wie wichtig das für die ländlichen Räume ist.

Stichwort „gute Ernährung“. Wir sind nicht zuletzt Ernährungsministerium mit immerhin 80 Millionen Experten. Uns geht es darum, die Menschen da abzuholen, wo sie stehen, und zwar in der jeweiligen Lebensphase. Deshalb gibt es einen besonderen Schwerpunkt: Ernährung von Seniorinnen und Senioren. Das ist nicht Öffentlichkeitsarbeit, wie eine Rednerin vorher gesagt hat,

- (B)

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern das ist Gestaltung von Ernährungspolitik in neuer Qualität und mündet konsequent in einen neuen Haushaltstitel: „Maßnahmen zur Förderung ausgewogener Ernährung“.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Heute, um zum Schluss was Aktuelles zu sagen, um 14.25 Uhr, haben wir die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salze in Fertigprodukten ins Netz gestellt. Das mag mancher kritisieren,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das ist schlecht!)

skandalisieren und schlechtreden. Aber hier zeigt sich schlichtweg: Die Ministerin Julia Klöckner handelt.

(Ulrich Freese [SPD]: Da können Sie auch mal den Koalitionspartner loben!)

Zum Schluss darf ich für die gute und konsequente Zusammenarbeit mit Ihnen allen bei diesem Rekordhaushalt danken, insbesondere den Berichterstattern der Koalition, Christian Haase und Ulrich Freese. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

(C)

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Wilhelm von Gottberg für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Wilhelm von Gottberg (AfD):

Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Verehrte Damen! Meine Herren! Ausweislich der vorgelegten Unterlagen will das Ministerium eine nachhaltige Landwirtschaft und eine leistungsfähige Ernährungswirtschaft fördern und dabei die Erwartungen der Verbraucher ebenso berücksichtigen wie die Belange des Umwelt- und Naturschutzes. Dabei sollen dann auch noch die Haltungsbedingungen der Nutztiere verbessert und ein Konzept für eine Ackerbaustrategie vorgelegt werden. Das klingt wie die Quadratur des Kreises und wird so nicht gelingen.

(Beifall bei der AfD)

Entscheidender aber ist: Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wird die Realisierung dieser Zielvorgabe im Gewand einer obrigkeitstaatlichen Verordnungsbürokratie daherkommen. Noch mehr Bürokratie ist aber das Letzte, was die Betriebsleiter gebrauchen können.

Nicht ein einziger Vorschlag der AfD zur Akzentuierung der haushaltspolitischen Grundsätze im vorgelegten Entwurf wurde im Haushaltsausschuss akzeptiert. Mit Verlaub: Das war borniert. Derartiges habe ich in mehr als drei Jahrzehnten in der Kommunalpolitik nicht erlebt.

(Beifall bei der AfD)

Die haushaltspolitischen Grundsätze Wahrheit und Klarheit sowie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit lassen im vorgelegten Entwurf an zahlreichen Stellen zu wünschen übrig. Angesichts der Tatsache, dass das reale Tierwohl Hunderttausender Weidetiere durch Futtermangel derzeit nachhaltig beeinträchtigt wird, ist die Bereitstellung von 33 Millionen Euro für ein bürokratisches Tierwohllabel eine skandalöse Festlegung.

(D)

(Beifall bei der AfD)

Ich wiederhole die Forderung der AfD vom September dieses Jahres: Das Ministerium sollte die in Rede stehenden 33 Millionen Euro der Dürrehilfe hinzufügen.

Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ finden wir Sonderrahmenpläne: erstens für Maßnahmen des Küstenschutzes aufgrund des Klimawandels, zweitens für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes, drittens für Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Beim Vollzug des Haushalts im nächsten Jahr ist die Einhaltung dieser Sonderrahmenpläne kaum zu überprüfen.

Für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung sind 70 Millionen Euro eingestellt. Das ist nicht gerade wenig, berücksichtigt man, dass der Bund auf diesem Feld nur eine eingeschränkte Zuständigkeit hat. Folgerichtig werden überproportional viele Mittel für Modellprojekte und Werbemaßnahmen aufgewendet. Außerdem können Projekte anderer Ministerien damit finanziert werden. Wer wird das prüfen? Aus diesem Titel dürfen auch Per-

Wilhelm von Gottberg

- (A) sonal- und Sachkosten bezahlt werden. Damit wird der Gefahr des Missbrauchs der Mittel die Tür geöffnet.

Den Haushältern des Ministeriums sei dringend angeraten, die lange Liste der Projektförderung für das übernächste Haushaltsjahr 2020 kritisch zu überprüfen. Erstaunlich, wer da alles Geld bekommt: vom Deutschen Pflügerrat über die Gesellschaft für Züchtungskunde und den Verein Futtermitteltest sowie die Gartenbauwissenschaftliche Gesellschaft bis hin zur Agrarsozialen Gesellschaft.

(Christian Haase [CDU/CSU]: Alles wichtig!)

Wo aber finden wir die Förderung der Landfrauenorganisation? Sie leistet einen wichtigen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land. Habe ich da etwas übersehen, Herr Staatssekretär?

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

So manches ist fragwürdig in diesem Entwurf. Warum müssen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft und das Deutsche BiomasseForschungsZentrum institutionell gefördert werden?

- (B) Völlig fragwürdig, ja obskur wird der Haushaltsplan auf der Seite 108. Da geht es um Ausgaben für die Mitglieder von Fachbeiräten und Kommissionen, die beim Ministerium angesiedelt sind. Insgesamt sind zwölf Fachbeiräte aufgeführt. Da gibt es zum Beispiel die Gutachterkommission für Waldinventur, ferner den Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik, und nun hat die Regierung auch noch eine Zweigstelle des Brüsseler Europäischen Forstinstituts in Deutschland eingerichtet. Die wissenschaftlichen Institute an den Forstfakultäten gibt es ja auch noch.

Ministerin Klöckner hat das Dürreproblem frühzeitig erkannt und eine Lösung auf den Weg gebracht. Die AfD hat dieses Bemühen tatkräftig unterstützt. Die betroffenen Betriebe erhalten noch in diesem Jahr eine finanzielle Kompensation. Ob die Entschädigung ausreichend ist, muss offenbleiben.

Frau Klöckner, lösen Sie bitte ebenso engagiert die Problematik Wolf! Es muss für Deutschland eine analoge Lösung geben, wie das in Frankreich und Schweden möglich ist: maximal 500 Wölfe in Frankreich, 350 in Schweden. Der Wolf, ein Vieh- und Wilddieb erster Güte, gehört in das Ressort Landwirtschaft und Forst. Die Wolf-/Wildtierromantik muss ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zurück zum Anfang: Unsere Änderungswünsche für den Haushalt wurden schnöde verworfen. Welch ein Kontrast zur Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses in der Nacht zum 9. November. Offensichtlich gab es noch etwas zu verteilen. Bald nach Mitternacht wurden neue Planstellen bewilligt, hier ein Museum eingerichtet, dort eine Sportförderung beschlossen, da ein Kriegsschiff bewilligt – alles ohne große Öffentlichkeit. Ob wohl jemand in diesen nächtlichen Stunden auf die Kriterien Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geachtet hat?

- (C) Ich weiß, das ist ein weites Feld. Leider ist meine Redezeit abgelaufen. Dem Haushaltsentwurf werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Susanne Mittag für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Susanne Mittag (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! 80 Millionen Euro legen wir gegenüber dem Regierungsentwurf im Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft noch obendrauf. Das ist schon mal schön, und für den Tierschutz freut es mich natürlich besonders. Denn fast die Hälfte davon fließt in Tierschutzmaßnahmen, zumindest im weitesten Sinne.

- (D) Allein 38 Millionen Euro werden in den nächsten beiden Jahren 2019 und 2020 im Bereich Ferkelwirtschaft in die Unterstützung bei der Anschaffung von Narkosegeräten – das ist schon erwähnt worden –, die Schulung von Landwirten und eine öffentliche Aufklärungskampagne investiert. Das ist gut investiertes Geld. Denn diese Kampagne soll noch einmal klarstellen, dass es auch ohne Schneiden geht. Damit sorgen wir als Parlament für das, was das Ministerium eigentlich schon in den letzten fünf Jahren hätte erledigen müssen; aber da müssen wir jetzt eben nacharbeiten. Deswegen ist das gut investiertes Geld.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Nutztierbereich ist der Haushalt auch an anderer Stelle gut aufgestellt. Die Entwicklung und Einführung des staatlichen Tierwohllabels wird mit 33 Millionen Euro unterstützt. Es ist ein Label für das ganze Tier, und zwar solange es lebt, von Anfang bis Ende. Das Geld fließt zum großen Teil in eine Öffentlichkeitskampagne, um das Label bei Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannt zu machen, aber auch in die Umsetzung. Das ist sinnvoll, damit das Label am Markt bestehen kann und es endlich eine Übersicht über die vorhandenen Labels gibt. Jede Verbraucherin und jeder Verbraucher kann sich dann leicht entscheiden, ob sie bzw. er an der Kasse mehr Tierwohl fördert. Allerdings sollte sich das Ministerium auch darum kümmern, dass die Tierhalterinnen und Tierhalter bei der Verbesserung ihrer Tierställe unterstützt werden, finanziell, baurechtlich und emissionstechnisch. Da sind noch jede Menge Fragen offen, die geklärt werden müssen.

Aus dem Bundesprogramm „Nutztierhaltung“ kommen 12 Millionen Euro den Tieren zugute. Das ist Geld für Verbesserungen, die schon praxiserprobt sind. Mit 5,5 Millionen Euro werden Modell- und Demonstrationbetriebe in der Landwirtschaft gefördert, Betriebe, die den Weg in die Zukunft ebnen und Vorbildcharakter für andere Betriebe haben. Ich habe schon mehrere

Susanne Mittag

- (A) solcher Betriebe besucht – Sie sicherlich auch – und mit sehr innovativen Landwirten gesprochen, die auf diesem Weg gerne mitgehen. Sie sorgen dafür, dass aus reiner Theorie endlich Praxis in den Ställen wird und dass der ewigen Dramaturgie und den Bedenken weitere Teile in der Branche hinsichtlich der Machbarkeit und der Wirtschaftlichkeit der Boden entzogen wird. Es ist machbar, gute Zukunft in die Ställe hineinzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Das Geld ist also gut investiert. Es ist in die Zukunft investiert.

Zuletzt will ich kurz – weil die Redezeit begrenzt ist – auf die Unterstützung für Wanderschäferinnen und Wanderschäfer hinweisen; nicht für alle Schäfer, das hat leider nicht geklappt. Mein Kollege aus dem Haushaltsausschuss hat ordentlich verhandelt. Immerhin ist es 1 Million Euro. Der eine oder andere mag sagen: Das reicht nicht. – Aber das ist schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Ursprünglich war vom Ministerium bzw. von der Ministerin gar kein Geld dafür vorgesehen. Insofern ist das eine erhebliche Verbesserung. Im Rahmen des Bundesprogramms „Wolf“ erhalten Wanderschäfer nun endlich die dringend benötigte Unterstützung. Wir alle haben in der letzten Anhörung zur Kenntnis genommen, dass das sehr wichtig ist. Ansonsten ist deren Existenz stark gefährdet. Wir wollen nicht, dass sich, wie es öffentlich schon mehrfach dargelegt wurde, noch mehr Schäfer und Schäferinnen von diesem Beruf verabschieden und dass diese Art der Tierhaltung, die für die Biodiversität sehr wichtig ist, aus Deutschland endgültig verschwindet. Deswegen ist auch dieser Haushaltsansatz ein sehr wichtiger Schritt.

(B)

Ich bedanke mich dafür.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Gero Clemens Hocker für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man wirft Landwirten manchmal vor, dass sie in guten Zeiten gerne von Subventionen leben und in schlechten Zeiten, wenn es zu trocken oder zu nass ist, die Hand nach zusätzlichen staatlichen Subventionen aufhalten. Herr Staatssekretär, wissen Sie, was die einhellige Meinung der Betriebe gewesen ist, die ich in den letzten Wochen besucht habe und mit denen ich über die Dürrehilfe gesprochen habe? Erstens. Diejenigen Betriebe, die in der Vergangenheit kluge, weitreichende unternehmerische Entscheidungen getroffen haben, fühlen sich durch das komplexe Verfahren, das Sie auf den Weg gebracht haben, benachteiligt gegenüber denjenigen, die nicht so weitgehende und richtige unternehmerische Entscheidungen getroffen haben, die zum Beispiel nicht in Beregnungsanlagen investiert haben. Ich sage Ihnen: Sie sind auf dem Holzweg,

wenn Sie glauben, hier Probleme mit Geld zukleistern zu können. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Zweitens. Die Landwirte in Deutschland sind es schlichtweg leid, permanent nur als Subventionsempfänger dazustehen und sozusagen – wie das Kaninchen auf die Schlange – auf die Politik starren zu müssen, ob sie den Daumen für irgendwelche Subventionen hebt oder ob sie ihn senkt. Unsere Landwirte in Deutschland möchten gerne unternehmerisch handeln. Das heißt, dass sie sowohl für das Positive als auch für die Risiken gerne selber geradestehen möchten. Richtig und wichtig für unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland wäre es, dass von Ihrer Seite endlich die Zustimmung zu einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage kommt, wie wir sie fordern, damit Landwirte nicht immer vom Wohlwollen der Politik abhängig sind.

(Beifall bei der FDP)

In den letzten Wochen hat sich wieder einmal ein Konflikt zwischen Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium bei der Frage nach der Zulassung und der künftigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zugespitzt. Ich behaupte, dass nirgendwo auf der Welt Pflanzenschutzmittel zur Anwendung kommen, die besser erprobt, besser getestet, umweltverträglicher und wirkungsvoller sind. Wenn man sich von solchen Technologien tatsächlich trennen möchte, dann muss man den Landwirten auch sagen, wie Unkrautbekämpfung in Zukunft erfolgen soll. Da reicht es eben nicht aus, zu sagen: Pflügt doch einfach den Acker um. – Denn das befördert schlichtweg die Erosion, und es ist ökologisch höchst problematisch, allein auf diesem Wege Unkrautbekämpfung zu betreiben. Gleichzeitig sind bei den Genehmigungsbehörden über 500 Anträge für innovative und neue Pflanzenschutzmittel anhängig, und die werden nicht abgearbeitet. (D)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie die Landwirtschaft in Deutschland tatsächlich innovativ machen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass den Landwirten auch die Technologien an die Hand gegeben werden, die sie brauchen, um die Herausforderungen tatsächlich bewältigen zu können, die ihnen von Gesellschaft und Politik übergestülpt werden, und sorgen Sie dafür, dass die Genehmigungsbehörden endlich so ausgestattet werden, dass sie den Antragsstau abarbeiten können.

(Beifall bei der FDP – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr Pestizide sind Ihre Lösung, oder was?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Verstöße gegen fast sämtliche Tierschutzgesetzgebungen in den Betrieben und in den Schlachthöfen, wie wir sie in den letzten Wochen gesehen haben, in Bad Iburg, in Oldenburg und anderswo, sind unerträglich gewesen – ich sage es ganz ausdrücklich –, übrigens auch für die Nutztierhalter in Deutschland. Denn niemand, der selber Tiere hält, will akzeptieren, dass Tiere so geschlachtet werden, wie das auf diesen Aufnahmen zu sehen war, und niemand, gerade aus der Landwirtschaft, will hinnehmen, dass Nutztie-

Dr. Gero Clemens Hocker

- (A) re überhaupt so gehalten werden. Ich behaupte, dass die überwiegende Mehrzahl der Betriebe sämtliche Auflagen akribisch einhält. Kein verantwortungsvoller Fleischerzeuger möchte das hinnehmen.

Aber daraus sozusagen die Rechtfertigung abzuleiten, dass es legitim ist, dass privatwirtschaftliche Organisationen in Ställe eindringen, vielleicht Landfriedensbruch oder Sachbeschädigung begehen, das ist der falsche Weg. Ich sage Ihnen: Recht darf nicht privatisiert werden, auch nicht in diesem Bereich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich behaupte, dass niemand in diesem Hause es rechtfertigen würde, wenn sogenannte Bürgerwehren behaupten würden, dass die Polizei nicht in der Lage sei, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, um sich dann entsprechend aufzumachen. Niemand in diesem Hause fände es richtig, wenn dann privatwirtschaftliche Organisationen, in diesem Fall private Bürgerwehren, glaubten, Recht sprechen oder Kriminalität verhindern zu können. Das ist allein Aufgabe des Staates; das muss Aufgabe des Staates sein. Das gilt übrigens auch für die Einhaltung von Tierwohlstandards und Tierschutzkriterien.

- (B) Wir brauchen keine privatwirtschaftlichen Organisationen, sondern wir müssen endlich die Veterinärbehörden in die Lage versetzen, möglichst viele dieser Missstände – 100 Prozent wird man nie schaffen – aufdecken zu können. Dafür müssen sie effizienter werden. Dafür muss man auch Geld in die Hand nehmen. Das wird Geld kosten. Uns ist es das wert. Deswegen werden wir einen entsprechenden Antrag zu diesem Thema einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Danke. – Nächste Rednerin ist Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Trotz Erhöhung auf 6 Milliarden Euro bleibt der Etat für Ernährung und Landwirtschaft weiter eher eine kleine Kasse im Bundeshaushalt. Allein das Verteidigungsministerium bekommt 4 Milliarden Euro zusätzlich. Das finde ich echt absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, der Bereich Agrar bekommt auch noch aus Brüssel und aus den Bundesländern Geld. Trotzdem geht es vielen Agrar- und Gartenbauunternehmen nicht gut und auch vielen Menschen in den Dörfern und kleinen Städten nicht. Ich wohne selbst in einem kleinen Dorf in Nordwestbrandenburg mit etwa 50 Mitmenschen. Ich erlebe, wie schwierig der Alltag in meiner Nachbarschaft oft ist, weil Arbeitsplätze weit weg sind und schlecht

bezahlt werden, weil Arzt, Apotheke, Kita oder Schule schwer erreichbar sind, weil kein Dorfladen, nicht mal eine Kneipe existiert. Aber dort wohnen nicht nur Leute, die nicht schnell genug weggekommen sind, weil sie alt, doof oder krank sind. Dort wohnen Leute wie ich, und wir wollen dort wohnen bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Unterdessen flüchten sogar Menschen aus den Speckgürteln und den Metropolen wieder aufs Land, zum Beispiel auf der Flucht vor explodierenden Mieten. Hier gibt es dann auch wieder die Angst vor der Verdrängung; denn nicht überall in den ländlichen Räumen sind Wohnungsleerstand und Abrissnotwendigkeit vorhanden.

Ich erlebe eben auch, dass sich Natur und Landwirtschaft verändern. Frühere Allerweltsarten verschwinden, von Schmetterlingen und Insekten ganz zu schweigen. Dafür machen sich Investoren in Agrarbetrieben breit, die mit uns vor Ort nichts zu tun haben.

Nein, es reicht nicht, nur über diese Probleme zu reden; es muss endlich gehandelt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ändert sich viel zu wenig und zu langsam, und auch der Bund muss noch mehr tun. Dabei geht es nicht nur um mehr Geld; das Geld muss auch leichter zugänglich sein – meine Kollegin Heidrun Bluhm hat dazu schon etwas gesagt –, und wir wollen in den Dörfern auch selber entscheiden, wo es gebraucht wird. Das Regionalbudget ist ein Angebot; aber wir werden sehr genau gucken, was daraus wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Lebendige Dörfer sind kein Selbstzweck; hier wird die Versorgung mit Lebensmitteln gesichert. Aber die Fachkräftesuche wird für Agrarbetriebe noch schwieriger, wenn es kein gutes Leben vor Ort gibt. Ohne Einkommen, Wohnung, Bus, Bahn, Ärztinnen und Ärzte, Kita und Schule in der Nähe wird man im Dorf nicht leben können. Aber ohne intakte Natur wird man dort nicht leben wollen – und das zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Markus Tressel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nein, das alles sind nicht nur Aufgaben der Agrarministerin; das ist klar. Und ja, sie hat ein schweres Erbe übernommen. Trotzdem: Guter Wille allein reicht nicht,

(Susanne Mittag [SPD]: Das stimmt!)

erst recht nicht, wenn der Etat der Ministerin deutlich höher ist als der ihrer Vorgängerinnen.

Ja, mehr Geld für Tierwohl zum Beispiel und Beratung in den Betrieben ist richtig und gut. Aber wenn weiter die sinnvollsten Tierschutzlösungen durch Handels- und Schlachthofkonzerne blockiert werden, dann ist das für mich als Tierärztin unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Ferkel müssen nicht chirurgisch kastriert werden; auch männliche Küken müssen nicht getötet werden, weder vor noch nach dem Schlupf.

(Susanne Mittag [SPD]: Richtig!)

Dass Schäferereien notwendige Hilfe bis auf ein paar Krümel weiter verweigert wird, ist eine Schande. Ihre schwierige Einkommenssituation ist seit Jahren bekannt, und sie ist unverschuldet; denn sie sind die großen Verlierer der EU-Agrarförderung. Sie bekommen zu wenig Geld für ihre schwere, aber für uns sehr wichtige Arbeit, für die Pflege der Kulturlandschaft, der Deiche und der vielfältigen Natur. Weder für Wolle noch für Fleisch noch für den Herdenschutz werden sie angemessen bezahlt. Die Folgen dieser falschen Politik sind Existenzverlust, Altersarmut und eine wachsende Fachkräftelücke – trotz großem Interesse an diesem Beruf. Ich finde, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag der Linken für ein Bundesprogramm Weidetierhaltung mit 50 Millionen Euro ist leider wieder abgelehnt worden,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Aber wir bleiben dran!)

- (B) ebenso das seit Jahren geforderte Herdenschutzkompetenzzentrum. Das Milliönchen der Koalition für ihr sogenanntes Bundesprogramm „Wolf“ ist nicht mal ein Tropfen auf den überhitzten Stein; es ist möglicherweise aber der Tropfen, der in den Schäferereien das Fass zum Überlaufen bringen kann. Deswegen und nicht nur deswegen werden wir den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Markus Tressel von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markus Tressel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Geld für unsere ländlichen Räume, und es gibt es doch nicht. Das ist die Botschaft, die dieser Haushalt ausendet. Neben den Mitteln für BULE sind im Haushalt 150 Millionen Euro im Sonderrahmenplan eingestellt worden. Das ist ein klitzekleiner Anfang, Herr Haase; das ist aber kein großer Wurf. Wenn man sich anschaut, wofür Sie in diesem Haushalt viel größere Summen ausgeben: Hier hätte man für die Menschen in den ländlichen Räumen ein Zeichen setzen können, und zwar am besten ein Ausrufezeichen. Das haben Sie mit diesem Haushalt verpasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch dazu ist unklar, Herr Staatssekretär, wofür genau Sie das Geld ausgeben. Das hat uns die Ministerin auch auf hartnäckiges Nachfragen immer noch nicht so richtig verraten können. Die Frage ist vor allem: Wird das Geld sein Ziel, also die ländlichen Räume, überhaupt erreichen – ohne Grundgesetzänderung und ohne Öffnung

der GAK? Die hat die Koalition schon 2013 versprochen. 2018 haben Sie es wieder in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Wie es jetzt aussieht, werden Sie es in diesem Jahr wieder nicht klären können. Ich habe den Eindruck: Sie wissen aktuell scheinbar überhaupt nicht, wie Sie sinnvoll fördern sollen und können. Wichtig wäre es jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich bei Problemen, mit denen die Menschen vor Ort tagtäglich konfrontiert sind, zeitnah etwas verbessert.

Nehmen Sie beispielsweise das regionale Lebensmittelhandwerk. Was ist denn mit den Bäckereien und Fleischereien, die dort, wo es sie überhaupt noch gibt, oft die letzte Nahversorgungsquelle im Dorf sind? Die Zahlen sind seit Jahren rückläufig. Diese Entwicklung ist dramatisch, nicht nur für die Nahversorgung. Wenn sich an den unverhältnismäßig hohen bürokratischen Belastungen nichts ändert, dann wird es dieses Lebensmittelhandwerk bald nicht mehr geben, und das wäre fatal; denn die Innovationskraft und das Know-how der handwerklich tätigen Betriebe im Lebensmittelbereich sind wichtig für einen Wandel in der Land- und Ernährungswirtschaft, und sie sind auch wichtig für den Erhalt der Lebensqualität vor Ort. Da erkenne ich Ihr Bemühen beim besten Willen nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatssekretär, zu Ihrer Land-Milliarde – Sie haben sich ja nur sehr knapp geäußert zum Thema „ländlicher Raum“ –: Wenn man genau hinguckt, sieht man: Das ist ja gar keine ganze Milliarde über die komplette Wahlperiode. Das ist vielleicht ein Anfang, aber es ist auch nicht mehr. Und das alleine wird uns nicht wirklich weiterbringen, zumal das Geld ja in der Form, wie es heute da ist, oft auch nicht abgerufen wird. Was wir da brauchen, ist ein Umbau – Stichwort: GAK-Öffnung – und vor allem eine Vereinfachung der Förderlandschaft. Kollegin Tackmann hat es ja angesprochen: Das Geld muss dort ankommen, wo es wirklich gebraucht wird. Davon sind wir heute noch ein ganzes Stück weit entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ländlichen Räume sind divers und haben unterschiedliche Problemlagen. Sie haben jetzt eine Kommission eingerichtet, was wir ausdrücklich begrüßen. Da gibt es, in die Zukunft gerichtet, viel zu diskutieren. Trotzdem sind aber die Probleme doch lange bekannt, und konkrete Lösungsansätze wären auch ohne Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon längst greifbar gewesen. Deswegen darf man jetzt an dieser Stelle nicht auf die Kommission warten. Wir verlieren weiter wertvolle Zeit.

Um Lebensqualität auf einem gleichwertigen Niveau sicherzustellen, brauchen wir zeitgemäße Konzepte auch für Arbeit im ländlichen Raum. Wir brauchen gute Pflege und die Möglichkeit, sich auch wohnortnah mit dem Nötigsten zu versorgen. Wir brauchen Angebote für Familien mit Kindern und Mobilitätskonzepte für die ländlichen Räume, kurz: Wir brauchen einen Dreiklang aus einer „Willkommen zurück!“-Kultur, aus Familienfreundlichkeit und Lebensqualität. Das wuppen Sie nicht

Markus Tressel

- (A) in diesem Tempo, mit dem Sie unterwegs sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir sehen, dass die Menschen oft ehrenamtlich vorangehen, wenn es darum geht, den ländlichen Raum zu erhalten, dann müssen wir auch diesen Menschen helfen. Wir dürfen sie nicht alleinlassen. Die fühlen sich aber mit dem hochkomplexen Fördersystem, das wir heute haben, oft alleingelassen. Wenn wir tragfähige Strukturen gerade auch im Bereich der Grundversorgung aufbauen wollen, dann muss es eine entsprechende Unterstützung geben, die gut zugänglich ist. Wir brauchen mehr als Projektförderung in diesem Bereich. Wir müssen Schluss machen mit der Projektitis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir auch einen Teil der im Sonderrahmenplan neu eingestellten Mittel für den Aufbau einer dritten Gemeinschaftsaufgabe zur regionalen Daseinsvorsorge nutzen, also für ein gezieltes Unterstützungsangebot an die Länder und Kommunen, die Grundversorgung in strukturschwachen ländlichen Räumen langfristig zu sichern. Das wäre ein Fortschritt, aber – das muss man deutlich sagen – Sie reden bisher nur. Das ist außerordentlich bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich sage auch das ganz deutlich – die Ministerin ist heute nicht da –: Die Hoffnung war ja groß bei dem einen oder anderen, die Enttäuschung wird es am Ende auch sein. Wenn Ihnen die ländlichen Räume wirklich so wichtig sind, wie Sie immer sagen, dann lassen Sie Ihren Worten jetzt Taten folgen, und zwar nachvollziehbar, auch ordentlich ausgestattet; denn sonst bleibt auch in diesem Haushalt wieder einmal nur die Botschaft, dass Sie den Menschen etwas versprechen, das Sie nachher nicht zu liefern bereit sind. Und das kann kein Mensch in dieser Situation gebrauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Albert Stegemann für die Fraktion CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Stegemann (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundeshaushalt 2019 gibt Rückenwind für unsere Bauernfamilien, für Waldeigentümer, für Verbraucher und für mehr als die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger, also für die, die in den ländlichen Regionen leben.

Wir sind hier mitten in Berlin, und da müssen wir feststellen, dass viele Menschen in der Großstadt heute keinen persönlichen Bezug mehr zur Landwirtschaft haben. Viele haben romantische Bilder vor Augen, wie es

- (C) sie vielleicht noch in Kinderbüchern geben mag; aber mit der Realität von moderner Technik auf dem Acker und im Stall hat das nichts zu tun. Darunter leidet leider die Akzeptanz für die heutige Landwirtschaft.

Auf der anderen Seite verzweifeln viele landwirtschaftliche Familien daran, wie sie den wechselnden gesellschaftlichen Erwartungen gerecht werden können. Wenn wir die Akzeptanz für die Arbeit und das Engagement der vielen Familien in der Landwirtschaft stärken wollen, dann müssen wir die Menschen wieder zusammenbringen. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich unserer Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Ihre Fähigkeit, die unterschiedlichsten Belange der Branche und der Gesellschaft zusammenzuführen und zu versöhnen, ist einzigartig und wirklich eine große Chance für uns alle.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Albert, jetzt mach mal halblang! Das trieft ja nur so!)

Dennoch gibt es auch viele Herausforderungen. So müssen zum Beispiel Landwirte beim Umgang mit den begrenzten Ressourcen und mit ihren Tieren noch besser werden. Mit einer Präzisionslandwirtschaft 4.0 ist es möglich, Lebensmittel noch effizienter und ressourcenschonender herzustellen. Zum Beispiel ist eine präzise Anwendung von Pflanzenschutzmitteln möglich, die unter dem Leitbild „So wenig wie irgend möglich, so viel wie unbedingt nötig“ steht. Deshalb haben wir die Mittel im Bereich der Digitalisierung aufgestockt. Das sind Zukunftsinvestitionen, die sich auszahlen werden.

- (D) Meine Damen und Herren, laut BMEL-Ernährungsreport 2018 erwartet fast jeder zweite Deutsche umweltschonende landwirtschaftliche Produktionsmethoden. Bei einer Weltbevölkerung von 10 Milliarden Menschen im Jahr 2050 geht das nur mit weiteren Innovationen. Hier ist in erster Linie die Wirtschaft selbst gefragt. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und auch nicht die bessere Forschungsabteilung. Er kann aber Anschubhilfe leisten. Deshalb hat das BMEL bei der Erarbeitung einer Ackerbaustrategie die volle Unterstützung unserer Fraktion.

Eines muss ich an dieser Stelle aber ganz deutlich sagen: Der Umweltschutz darf nicht dazu führen, dass sich am Ende die deutschen Landwirte auf der Liste der ausgestorbenen Arten wiederfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es kann nicht sein, dass das Umweltbundesamt bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zurzeit in etwa 70 Fällen die gesetzlichen Fristen überschreitet. Schlimmer noch: Seit 2009 sind über 1 100 Anträge gestellt worden. In keinem einzigen Fall ist die Zulassung in den gesetzlichen Fristen erteilt worden. Das ist ein Skandal und nicht unser Anspruch hinsichtlich ordentlicher Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich erwarte, dass alle Zulassungsbehörden, insbesondere das Umweltbundesamt, ihre Arbeit in den gesetzlichen

Albert Stegemann

- (A) Fristen erledigen. Behörden sollen den Bürgern dienen und eben nicht Politik durch die Hintertür machen.

Ich möchte einen weiteren wichtigen Punkt der Ackerbaustrategie ansprechen. Auch Pflanzen müssen gut versorgt werden. Dafür ist eine effiziente und nachhaltige Düngung notwendig. Nährstoffe müssen aber bei den Pflanzen ankommen und nicht im Grundwasser. Genau deshalb haben wir erstmals Mittel für ein Programm zur Verbesserung der Gewässergüte vorgesehen. Damit unterstützen wir die Innovationsförderung zur Gülleaufbereitung. Dies dient der Umsetzung der Nitratrichtlinie und dem Ersatz von Mineraldünger. Das ist tatsächlich wirkungsvoller gelebter Grundwasserschutz.

Aber nicht nur für den Acker, sondern auch für unsere Nutztiere setzt der Bundeshaushalt Prioritäten. Erstmals stellen wir 15 Millionen Euro für ein Bundesprogramm Nachhaltige Nutztierhaltung zur Verfügung. Aber auch digitale Systeme werden dazu beitragen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere weiter zu verbessern. So ist es heute mit Sensoren bei jedem einzelnen Tier möglich – insbesondere bei Rindern, aber die Techniken werden ausgeweitet –, Krankheiten frühzeitig festzustellen.

Tierwohl und Tierschutz können aber nur mit den Landwirten gelingen und nicht gegen sie. Dies gilt im Übrigen auch für den Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration. Ich danke unserem Koalitionspartner ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit in diesem Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

(B)

In den kommenden zwei Jahren darf sich jedoch niemand zurücklehnen. Alle Akteure, von der Forschung bis zum Handel, sind nun gefordert. Wir stellen 38 Millionen Euro für die Umstellung zur Verfügung; denn die Landwirte brauchen schnellstmöglich praxistaugliche und vom Kunden akzeptierte Verfahren. Das wäre dann ein echter Beitrag für mehr Akzeptanz der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland.

Meine Damen, meine Herren, wir wollen gemeinsam mit der Branche, mit der Landtechnik und den Verbrauchern daran arbeiten, dass junge Menschen auch in Zukunft frohen Mutes den Beruf des Landwirts ergreifen. Dabei müssen sie effizient arbeiten und zugleich den gesellschaftlichen Anforderungen besser gerecht werden können. Als Union unterstützen wir dazu die notwendigen Veränderungsprozesse. Der Bundeshaushalt 2019 ist dafür ein strategischer Fahrplan.

An dieser Stelle danke ich ausdrücklich unserem Haushaltsberichterstatter Christian Haase und unserem haushaltspolitischen Sprecher Eckhardt Rehberg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben sich wirklich unermüdlich für die Menschen auf dem Land eingesetzt. Mein Dank geht zugleich an unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann, die gemeinsam mit unseren Haushältern für zusätzliche Mittel gekämpft hat, um die Akzeptanz moderner, nachhaltiger Landwirtschaft in der Gesellschaft zu stärken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Ursula Schulte für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ursula Schulte (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Stegemann, und zum Thema Ferkelkastration. Das war ein bisschen vergiftetes Lob in unsere Richtung, das muss ich ganz ehrlich sagen. Wir haben gelitten unter dieser Entscheidung, das kann ich Ihnen versichern. So was machen wir wahrscheinlich nicht noch einmal. Aber das Lob war nett gemeint, nehme ich an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Im Einzelplan 10 gibt es einige Haushaltsstellen zum gesundheitlichen Verbraucherschutz und zur gesunden Ernährung, über die ich mich sehr freue. Auf einige Punkte möchte ich etwas näher eingehen und mich dabei auf das Thema Ernährung konzentrieren; das spielt hier ein bisschen eine stiefmütterliche Rolle – Herr Fuchtel hat es noch mal am Rande erwähnt –, aber es heißt ja Bundesministerium für Ernährung *und* Landwirtschaft.

Der Datenreport 2018 macht noch einmal deutlich, dass sich Kinder aus überforderten Familien häufig ungesund ernähren und mit Übergewicht zu kämpfen haben. Die SPD-Fraktion will und kann das nicht länger hinnehmen. Frau Klöckner bezeichnet ihr Ministerium ja gerne als Lebensministerium – ein schöner Name. Daraus folgt aber auch die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass sich alle Menschen unabhängig vom Einkommen gesund ernähren können. Da ist noch eine ganze Menge zu tun, und daran können wir gerne gemeinsam arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Reduktionsstrategie, die CDU/CSU und SPD miteinander vereinbart haben, hat mittlerweile zu einer Grundsatzvereinbarung mit der Lebensmittelwirtschaft geführt. Das ist ein erster richtiger Schritt hin zu weniger Zucker, Salz und Fett in Fertigprodukten. Diese Grundsatzvereinbarung sollten wir auch nicht gering schätzen; denn immerhin ist sie das Eingeständnis der Lebensmittelwirtschaft, mitverantwortlich für das Übergewicht in unserem Land zu sein. Wir als SPD-Fraktion halten allerdings daran fest, dass verbindliche Reduktionsziele auf wissenschaftlicher Basis besser sind als jede freiwillige Vereinbarung.

(Beifall bei der SPD)

43 Prozent der Frauen, 62 Prozent der Männer und 15 Prozent der Kinder in Deutschland gelten als übergewichtig. Gerade die Kinder sollten wir besonders in den Blick nehmen. Daher finde ich das geplante Verbot von Zucker in Säuglings- und Kindertees folgerichtig. Die EU will zudem eine Regelung für Kinderkekse und Kinderzwieback auf den Weg bringen. Darüber bin ich froh;

Ursula Schulte

- (A) dennoch, finde ich, greift das alles viel zu kurz. Es gibt doch keinen einzigen vernünftigen Grund dafür, Kinderlebensmittel mit dermaßen hohem Zuckeranteil auf den Markt zu bringen. Wir sollten – ich werbe ausdrücklich dafür – Zucker in allen Kindernahrungsmitteln verbieten oder wenigstens auf ein Minimum beschränken. Auch die Werbung für Kinderprodukte gehört reguliert. Mein Vorschlag wäre: Wir erlauben Werbung für gesunde Kindernahrungsmittel und verbieten Werbung für die Zuckerbomben. Andere Länder gehen bereits diesen Weg.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viele Länder machen das schon!)

Ich verstehe nicht, warum wir hier so zögerlich sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Deutschen trinken gerne zuckergesüßte Getränke; beim Konsum liegen wir europaweit an dritter Stelle. Hier könnten wir ganz schnell den Zuckeranteil reduzieren; denn die Rezeptoren sind einfacher zu verändern als bei anderen Produkten. Aber bitte nicht den Zucker durch Süßstoff ersetzen. Zuckergesüßte Getränke gehören genauso verboten wie Zucker in Säuglings- und Kindernahrung. So würden wir Übergewicht, Diabetes und Karies wirklich den Kampf ansagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen aber – das ist mir wichtig zu betonen – keine Zuckerpolizei und kein Verbotstaat werden. Aber wir wollen Kinder vor ungesunden Lebensmitteln schützen und den Erwachsenen helfen, sich gesünder zu ernähren. Das nenne ich dann gute Politik für die Menschen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch kurz auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik eingehen, die ja den Großteil unserer Haushaltsmittel, nämlich über 4 Milliarden Euro, im Einzelplan 10 bindet. Wenn dieser Aufgabenbereich wegfallen würde, hätte das wahrscheinlich auch Folgen für das Ministerium. Die Hofabgabeklausel wird bald Geschichte sein, da bin ich mir total sicher. Das wird natürlich auch Folgen für die sozialen Sicherungssysteme der Landwirtschaft haben.

Die sozialen Sicherungssysteme der Landwirtschaft beruhen genau wie alle anderen sozialen Sicherungssysteme auch auf der Solidarität der Versicherten. Wenn sich immer mehr Menschen dieser Solidarität entziehen, kippt das System. Das gilt natürlich auch für die SVLFG. Entweder gelingt es uns, die SVLFG an die veränderten Bedingungen anzupassen und zukunftsfest zu machen, oder wir müssen über dieses Sondersystem ganz neu nachdenken. Nur zu fordern, dass sie eigenständig bleibt, reicht da nicht aus. Ich sehe bei der SVLFG Ansatzpunkte genug, zum Beispiel als Player im ländlichen Raum. Darüber sollten wir gemeinsam nachdenken.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

(C)

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Artur Auernhammer für die Fraktion CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ein allerherzliches Vergelts Gott an unsere Haushälter, die uns in diesem Jahr bereits den zweiten Bundeshaushalt vorgelegt haben. Herzlichen Dank dafür.

Ein Bundeshaushalt im Agrarbereich von über 6,2 Milliarden Euro ist nur möglich, weil wir so viele Steuergelder einnehmen. Das sollte man an dieser Stelle auch mal erwähnen. Wir haben so hohe Steuereinnahmen, weil unsere heimische Wirtschaft so gut unterwegs ist, weil Deutschland wirtschaftlich so leistungsfähig ist. Zu dieser Leistungsfähigkeit tragen auch die deutsche Landwirtschaft, die deutsche Forstwirtschaft und die deutsche Ernährungswirtschaft bei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben aber gerade in diesem Jahr erlebt, dass Rekordernten keine Selbstverständlichkeit sind. Vielleicht sind auch irgendwann volle Lebensmittelregale keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Trockenheit in diesem Jahr hat uns gezeigt: Der Klimawandel ist komplett bei uns angekommen; der Klimawandel beschäftigt uns sehr. Da ist es richtig und wichtig, dass wir Entschädigungsmaßnahmen im Haushalt vorsehen. Dabei müssen wir aber langfristig denken und über andere Risikoabsicherungsmodelle in der Landwirtschaft nachdenken,

(D)

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: So ist es!)

und wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir unsere Land- und Forstwirtschaft klimatoleranter machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Ackerbau nehme ich den Pflug, säe neu an, und dann wächst wieder etwas oder auch nicht. Im Forstbereich aber wachsen Bäume über Jahrzehnte. Sie vergessen dieses Trockenjahr so schnell nicht. Deshalb müssen wir wirklich intensiver über einen klimatoleranten Waldumbau nachdenken. Dazu gehören viele Punkte, unter anderem: unterschiedliche Baumarten und die Nutzung unserer Wälder. Da müssen wir noch mehr liefern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der Klimapolitik wird oft darüber diskutiert, dass auch die Landwirtschaft am Klimawandel schuld ist. Das will ich gar nicht so sehr in Abrede stellen. Aber die Landwirtschaft ist auch Teil der Lösung in der Klimapolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftsfaktor in Deutschland, der aus CO₂ Sauerstoff produzieren kann – durch die Bewirtschaftung der Wiesen, der Felder und Wälder. Das kann nur die Landwirtschaft. Das müssen wir in Zukunft stärker in den Fokus nehmen. Deshalb sag

Artur Auernhammer

- (A) ich herzlichen Dank dafür, dass für die Ackerbaustrategie 5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Das müssen wir auch in Bezug auf den Klimawandel sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich selbst bin überzeugt, dass die Digitalisierung der Landwirtschaft einen stärkeren Wandel in der Landwirtschaft bringen wird als die Umstellung vom Pferd zum Schleppeer. Die Digitalisierung wird unsere Landwirtschaft massiv verändern. Wir sehen schon sehr viele Ansatzpunkte und sehr viele Lösungsansätze.

Wir haben gerade letzte Woche auf der EuroTier gesehen, dass sich selbst in der Tierproduktion hochinnovative Entwicklungen vollziehen. Ich bin mir mit dem Kollegen Spiering einig: Da müssen wir auch als Koalition noch bessere, zielführendere Antworten liefern. Gerade mit Blick auf die Umwelt und den Klimawandel sind wir gefordert. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kollegin Schulte hat das landwirtschaftliche Sozialsystem angesprochen. Ja, da liegt eine große Verantwortung bei uns. Wir haben als Haushälter, als Gesetzgeber die Verantwortung, den Strukturwandel mit Finanzmitteln zu begleiten. Ich bin gern gesprächsbereit in Sachen „Hofabgabeklausel“. Da sind wir, glaube ich, zielorientiert unterwegs. Ich denke, da werden wir auch in nächster Zeit liefern.

- (B) Sie haben außerdem den Themenkomplex „Ernährung“ angesprochen. Es ist richtig, dass wir über die Zusammensetzung von Lebensmitteln diskutieren. Es ist richtig, dass wir darüber diskutieren, wie viel Zucker in den Lebensmitteln enthalten ist, aber wir sollten auch über Ernährungskompetenz diskutieren.

(Beifall der Abg. Nicole Bauer [FDP])

Es darf nicht sein, dass wir jeder einzelnen Kilokalorie einen Namen geben, dabei aber nicht darüber nachdenken, dass wir uns angesichts der Nahrungsmittel, die wir aufnehmen, eigentlich viel zu wenig bewegen. Wir merken, dass viele Kleinkinder nicht mehr in der Lage sind, einen Purzelbaum zu schlagen. Ich will jetzt keinen vorführen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! – Stephan Protschka [AfD]: Bitte! – Weitere Zurufe von der FDP: Doch!)

Sportliche Aktivität – Frau Künast, Sie sind ja auch sehr sportlich unterwegs – ist die Grundlage für eine gesunde Ernährung. Wenn wir uns Überernährung und dergleichen anschauen, dann kann ich nur appellieren: Wir müssen uns mehr bewegen, die Kinder mehr zum Sport bringen, raus auf die Spielplätze, raus auf die Sportplätze, rein in den Wintersport, rein in den Vereinssport. Das ist wichtig und entscheidend, auch für unsere Gesundheit in der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren: Auf geht's, mehr bewegen!

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Rainer Spiering [SPD]: Das war ein gutes Schlusswort!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nach dem Motto: Wer sich mehr bewegt, kann auch mehr essen.

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dirk Wiese für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Dirk Wiese (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Abschluss der Debatte zum Einzelplan 10 noch einmal drei Punkte hervorheben. Ich glaube, es war ein wichtiges Signal in den Haushaltsberatungen, dass wir innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 25 Millionen Euro und zusätzliche Ländermittel, verteilt über fünf Jahre, für die Forstwirtschaft bewilligt haben. Ich glaube – auch die Forstwirtschaft hat die Dürreperiode erlebt –, damit haben wir hier ein wichtiges Signal gesetzt, und es hilft den Leuten vor Ort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass wir die Maßnahmen zur Prävention und Anpassung an Extremwetterlagen weiter fördern und ausbauen. Aber hier ist eins wichtig: Wir dürfen nicht nur den Umbau von Wäldern hin zu Laubholz fördern, es muss genauso gut eine Nadelholzförderung möglich sein, weil auch die Douglasie, die nordamerikanische Küstentanne, eine klimaresistente Baumart ist. Diese müssen wir genauso gut mit unseren Haushaltsmitteln fördern wie die anderen Arten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie uns aber auch ehrlich sein: Wenn wir einen trockenen Winter erleben, wie er sich momentan abzeichnet, dann werden wir im Frühjahr vor einer großen Herausforderung stehen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die größte Borkenkäferkalamität seit 1947. Wenn sich dieser trockene Winter einstellt, dann werden wir dieses Thema im Frühjahr wieder auf der Tagesordnung haben; denn dann brauchen wir weitere Mittel für die Forstwirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen. Das ist das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Vergessen wir nicht, dass es auf sozialdemokratische Initiative hin entstanden ist. Die Aufstockung auf 70 Millionen Euro, die wir im Haushalt beschlossen haben, ist absolut richtig. 13 Regionen profitieren schon jetzt von diesem Programm. Über 190 Projekte des Programmes Ländliche Entwicklung werden gefördert. Man kann mit

